

Beschluss: geändert angenommen

Annahme in folgender Fassung und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion:

Die Ausbildung im Betrieb und der Berufsschule müssen aufeinander abgestimmt sein. Alles, was Auszubildende theoretisch lernen müssen, sollten sie auch praktisch umsetzen können. Dafür ist eine enge Abstimmung notwendig, was durch die technischen Möglichkeiten von heute auch einfacher als je zuvor ist. Zusätzlich kann es sinnvoll sein, wenn sich kleinere Betriebe zusammenschließen und gemeinsame Lernorte, bzw. gemeinsame Ausbildungswerkstätten nutzen. Auch das Land Niedersachsen muss hier tätig werden und die Berufsschulen an die Realitäten anpassen und zukunftsfähig gestalten. Zusätzlich sollte das Land eine enge Zusammenarbeit mit den Berufsschulen und den Betrieben anstreben, um in Lernortkooperationen moderne Bedingungen zu schaffen.

Dazu fordern wir:

- Ausbau Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Berufsschulen, um Theorie und Praxis stärker zu verbinden
- Lernortkooperation zwischen Land, Betrieben und Berufsschulen, um moderne und gemeinsame Lernorte zu schaffen
- Klare moderne Kommunikationswege nutzen
- Verpflichtende Anwesenheit und (pädagogische) Weiterbildung von Ausbilder*innen
- Geltungsbereich BBiG ausweiten – schulische Ausbildung – duales Studium

Wer durch eine Ausbildung in das Berufsleben startet, ist finanziell stark belastet. Sowohl die Arbeitswege als auch die Wege zu den Berufsschulen stellen eine hohe finanzielle Belastung dar. Hier kann man mit Azubi-Tickets bei den öffentlichen Verkehrsmitteln erste Abhilfe schaffen. Aber auch die Betriebe sollten sich finanziell beteiligen, wenn es z.B. um Reise- und Übernachtungskosten von Weiterbildungsmaßnahmen handelt. Denn jede Weiterbildung stärkt nicht nur die Beschäftigten, sondern auch vor allem den Betrieb. Dazu gehören auch alle benötigten Ausbildungsmittel und Lehrbücher.

Dazu fordern wir:

- Kostenlose Ausbildungsmittel (vom Betrieb finanziert)
- Übernahme von Reise- und Übernachtungskosten
- ein landesweites, kostengünstiges Azubi Tickets

Arbeitszeit

Viel zu häufig werden Auszubildende auch zeitlich ausgenutzt. Natürlich gibt es von beiden Seiten ein Interesse daran an praktischer, auch wertschöpfender Arbeit, zu üben und dadurch zu lernen. Auszubildende dürfen aber nicht als günstige Arbeitskräfte benutzt werden. Sowohl die gesetzlichen, als auch tariflichen Arbeitszeitbedingungen sind strikt einzuhalten. Ausreichend Zeit zur körperlichen Regeneration ist wichtig, um die Lernzeiten und Lernziele einhalten zu können. Daher ist auch eine Anerkennung der Berufsschulzeit als Arbeitszeit zwingend erforderlich, genauso wie die strikte Trennung von Arbeits- und Lerntagen.

Auszubildende müssen besonders geschützt werden vor allen Einflüssen, die ihre Lernfähigkeit negativ beeinflussen könnten. Schichtarbeit gehört genauso verboten, wie eine Erreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeiten. Die 30 Stunden Woche ist zum Erlernen praktischer Arbeiten ausreichend und bietet den zeitlichen Raum, um theoretische Inhalte zu Erlernen.

Auch für junge Menschen gibt es immer wieder mal persönliche Situationen, die eine Flexibilität der Arbeitszeiten oder Home-Office nötig machen, um die Ausbildung weiterführen zu können. Hierfür braucht es einen strengen Rahmen, der das Ausnutzen junger Menschen verhindert.

Dazu fordern wir:

- Anerkennung der Berufsschulzeit als Arbeitszeit
- Keine Rückkehrpflicht nach der Berufsschule
- Keine Schichtarbeit
- Festhalten an täglichen maximalen Arbeitszeiten
- Flexibilität und Home-Office ermöglichen, mit strengen Rahmen
- Nicht Erreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeiten
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit

Vergütung

Auszubildende starten nicht nur in das Berufsleben, sondern häufig auch direkt in ihr eigenes und unabhängiges Leben. Dafür ist eine auskömmliche Vergütung dringend erforderlich. Dazu ist nicht nur eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung wichtig, sondern auch eine stärkere Tarifbindung.

Dazu fordern wir:

- Tarifbindung stärken

Abschluss & Qualifikation

Niedersachsen sollte Vorreiter sein, wenn es darum geht neue Ausbildungsberufe zu erkennen und auszubilden. Die Digitalisierung wird hier vieles in Bewegung setzen, dafür sollten wir gewappnet sein.

Unter dem zunehmenden Drang der Akademisierung darf die duale Berufsausbildung nicht leiden. Der Mangel an Fachkräften ist massiv und das duale Berufsbildungssystem eines der besten. Das muss sich sowohl in der gesellschaftlichen als auch finanziellen Anerkennung widerspiegeln. Darüber hinaus möchten wir, dass die Anerkennung deutscher Abschlüsse international vereinfacht wird.

Auch der Hochschulzugang muss nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung erleichtert werden.

Dazu fordern wir:

- Digitalisierung als Chance anerkennen

Prüfungswesen

Die praktische Ausbildung im Betrieb darf nicht nur nach Zufall und Aufträgen passieren, sondern muss sich für alle im Betrieb gleichwertig gestalten. Dazu ist ein betrieblicher Ausbildungsplan dringend notwendig.

Nicht jeder Betrieb ist ausgestattet wie jeder andere, der eigene Betrieb und die eigenen Werkzeuge und Anlagen sind diejenigen, mit denen man am besten vertraut ist, daher ist eine praktische Prüfung im eigenen Betrieb die fairste Gestaltung.

Wer eine so wichtige Abschlussprüfung vor sich hat, muss besonders geschützt werden. Zumindest der Tag vor anstehenden Prüfungen sollte generell frei sein, um sich vorzubereiten oder zumindest vom beruflichen Alltag zu erholen, um konzentriert in die Prüfungen gehen zu können.

Dazu fordern wir:

- Betrieblicher Ausbildungsplan
- Praktische Prüfung im Rahmen von vertrauten Bedingungen
- Bezahlte Freistellung 1 Tag vor jeder Prüfung

Übernahme

Wer eine Ausbildung beginnt, wählt seinen Ausbildungsbetrieb sehr gezielt aus und hat gewisse Erwartungen was die Zukunft angeht. Wer ausbildet geht damit ein Vertrauensverhältnis ein und muss seinen Azubis eine Zukunft im Betrieb auch ermöglichen. Sollte eine Übernahme nicht möglich sein, so braucht es eine Ankündigungsfrist, um die Suche auf eine Folgeanstellung frühzeitig zu ermöglichen. Die Ausbildungszeit reicht unserer Meinung nach völlig aus, um festzustellen, ob man miteinander arbeiten kann und möchte, nach einer Übernahme ist daher keine Probezeit mehr notwendig.

Dazu fordern wir:

- Ankündigungsfrist bei Nicht-Übernahme (3 Monate)
- Übernahme ohne Probezeit

SPD-Landesverband Niedersachsen
Landesparteitag 29. Mai 2021

9/1/2021 Gute Ausbildung für Alle

Überweisen an
SPD Landtagsfraktion